

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen
am 06.11.2018**

um 17:05 Uhr bis 20:35 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Großer Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Lothar Sill

Stellvertretender Vorsitz

Herr David Schichel

Ratsmitglieder

Herr Björn Gottschalk

Herr Lothar Krebs

Frau Tanja Kreimendahl

Frau Brigitte Neff-Wetzel

Herr Alexander Schmidt

Herr Norbert Schmitz

Sachkundige Bürger/innen

Frau Erika Acker

Herr Jonathan Brützel

Herr Josef Peter Hilger

Frau Corinna Hindrichs

Herr Yannick Plasberg

Herr Paul Uwe Schabla

Frau Dorothea Schlächter

Frau Regina Seewald

Sachkundige Einwohner/innen

Herr José Ramón Álvarez Orzáez

von 17.10 bis 20.05 Uhr

Frau Ursula Durach

Vom Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderung

Frau Annette Potthoff

bis 19.05 Uhr

Beigeordneter

Herr Thomas Neuhaus

Von der Verwaltung

Herr Domingo Estrany Dreßler

Frau Heike Franz

Herr Thomas Köppchen

Herr Dr. Frank Neveling

Herr Daniel Schmidt

Frau Christel Steylaers

Herr Carsten Thies

Schriftführerin

Frau Silke Eller

Entschuldigt fehlen:

Ratsmitglieder

Herr Thorsten Michael Pohl

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|--------------|---------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 18.09.2018 |
| 3 | | Berichte aus den Beiräten |
| 4 | | Vorstellung des Konzeptes der Stadt Remscheid zur Entwicklung altengerechter Quartiere am Beispiel des Pilotprojektes „Altengerechte Quartiersentwicklung Remscheid-Süd“ |
| 5 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 5.1 | 15/5411 | Benötigt die Stadt Remscheid eine Psychiatriekoordination? - Anfrage von B90/Die Grünen |
| 5.1.1 | 15/5435 | Beantwortung der Anfrage des "Bündnis90/Die Grünen" in Sachen "Benötigt die Stadt Remscheid eine Psychiatriekoordination" vom 16.10.2018. |
| 5.2 | 15/5477 | Sanktionen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende - Anfrage der Fraktion Die Linke |
| 6 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 6.1 | | Sachstandsbericht Wohnbauflächen |
| 6.2 | 15/5180 | Gesamtstädtische Mobilitätsstrategie
Anfrage von Frau Fiedler, Einsatz von Servicekräften im ÖPNV
Antwort der Stadtwerke Remscheid GmbH |
| 6.3 | 15/5290 | Sozialmonitoring 2. Quartal 2018 |
| 6.4 | 15/5400 | Altersarmut von Frauen in Remscheid – Untersuchungsansätze und kommunale Handlungsoptionen |
| 6.5 | 15/5286 | Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 15/5120 - Bilanz des Ratsbeschlusses "Der Langzeitarbeitslosigkeit den Nachwuchs entziehen" |
| 7 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 8 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |

- 9** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 9.1** 15/5115 Kümmerer gegen Kinderarmut - Antrag auf Projektförderung zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut in besonders benachteiligten Quartieren einreichen
- 9.2** 15/4814 Stromsperrern vermeiden (Prüfauftrag)
- 9.2.1** 15/5123 Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.04.2018 - Stromsperrern vermeiden (Prüfauftrag)
- 9.3** 15/4687 Zahlung Unterhaltsvorschuss beschleunigen
- 9.3.1** 15/5259 Zahlung Unterhaltsvorschuss beschleunigen - Mitteilung der Verwaltung zu Drs-Nr. 15/4687
- 9.4** 15/5289 Ersthelfer App einführen - Antrag der Fraktion Die Linke
- 9.5** 15/5531 Ausweitung des Sozialmonitorings entsprechend den Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege Remscheid
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen und Gruppen von CDU, SPD, DIE LINKE, FDP und W.i.R.
- 10** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 10.1** Geschäftsführung Sana Klinikum - Anfrage von Herrn Schmitz
- 11** 15/5444 Doppelhaushalt 2019 / 2020
Beratung des Entwurfs in der Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen
- 12** 15/5459 Umstellung der Finanzierung der psychosozialen Betreuungskosten für das Remscheider Frauenhaus, Änderung der geplanten Ansätze ab dem Haushaltsjahr 2019

II. Nichtöffentlich

- | | | |
|------------|---------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 2 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 2.1 | 15/5237 | BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gGmbH - Aktueller Bericht zum Sachstand |
| 3 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 4 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 5 | | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 6 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung |

I. Öffentlich

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Es liegen ein Nachtrag und eine Tischvorlage vor:

DS 15/5531 - Ausweitung des Sozialmonitorings entsprechend den Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege Remscheid
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen und Gruppen von CDU, SPD, DIE LINKE, FDP und W.i.R. –

DS 15/5459 - Umstellung der Finanzierung der psychosozialen Betreuungskosten für das Remscheider Frauenhaus, Änderung der geplanten Ansätze ab dem Haushaltsjahr 2019 – .

Herr Sill lässt über die Aufnahme der beiden Drucksachen in die Tagesordnung abstimmen.

Herr Krebs beantragt, die Tagesordnungspunkte 11 und 12 zur Beschlussfassung in den Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss zu verweisen. Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Herr Krebs vermisst auf der Tagesordnung einen Antrag der SPD-Fraktion zum Wohnungsaufsichtsgesetz. Der Verwaltung ist ein entsprechender Antrag nicht bekannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Tagesordnung wird wie folgt ergänzt:

TOP 9.5 - Ausweitung des Sozialmonitorings entsprechend den Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege Remscheid
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen und Gruppen von CDU, SPD, DIE LINKE, FDP und W.i.R.

TOP 12 - Umstellung der Finanzierung der psychosozialen Betreuungskosten für das Remscheider Frauenhaus, Änderung der geplanten Ansätze ab dem Haushaltsjahr 2019

Die Tagesordnungspunkte

11 – DS 15/5444 - Doppelhaushalt 2019 / 2020

Beratung des Entwurfs in der Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen und

12 – DS 15/5459 - Umstellung der Finanzierung der psychosozialen Betreuungskosten für das Remscheider Frauenhaus, Änderung der geplanten Ansätze ab dem Haushaltsjahr 2019

werden zur Beschlussfassung in den Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss verwiesen.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 18.09.2018

Es werden keine Änderungen oder Ergänzungen beantragt.

3. Berichte aus den Beiräten

Frau Potthoff berichtet aus dem Beirat zur Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen. Am 3. September hat der Beirat eine Klausurtagung durchgeführt, an der auch die Landesbeauftragte teilgenommen hat. Ein wichtiges Thema war die Internetpräsenz des Beirates, die aktuell nur über die Seite der Stadt Remscheid erfolgt.

Frau Acker teilt mit, dass Sitzung des Seniorenbeirates ausgefallen ist.

4. Vorstellung des Konzeptes der Stadt Remscheid zur Entwicklung altengerechter Quartiere am Beispiel des Pilotprojektes „Altengerechte Quartiersentwicklung Remscheid-Süd“

Einleitend berichtet Beig. Neuhaus, dass das Projekt am 31.12.2018 endet. Im Rahmen der Projektarbeit wurden viele gute Erfahrungen gesammelt, auf die ab 2019 für die Arbeit in anderen Quartieren zurückgegriffen werden kann.

Herr Köppchen führt aus, dass der demographische Wandel es erforderlich macht, die Quartiere den Bedarfen anzupassen. Trotz eines allgemeinen Bevölkerungsrückgangs nimmt die Zahl der Senioren zu, bis zum Jahr 2050 wird sich die Anzahl der Personen mit Pflegebedarf verdoppeln.

Herr Schmidt berichtet anschließend über die bisherigen Ergebnisse des Projektes in Remscheid-Süd. Es wurde ein Seniorenwegweiser Remscheid-Süd entwickelt, der u. a. Adressen von Geschäften, Ärzten, Apotheken, Geldinstituten und Vereinen beinhaltet. Im Bürgerhaus in der Auguststraße wurde ein kostenloses Bürgerhaus-Café gestartet, das gut angenommen wird. Es hat sich eine Walking- Fußball-Gruppe gebildet und es wurden Ausflüge angeboten. Weitere Wünsche der Anwohner sind ein Bürgerbus sowie ein Mehrgenerationencafé. Der Bericht ist als **Anlage 1** beigefügt.

Beig. Neuhaus ergänzt, dass das Thema in den nächsten Jahren eine große Herausforderung darstellen wird. Der Grundsatz „Ambulant vor Stationär“ sollte nach Möglichkeit umgesetzt werden, davon profitieren alle Beteiligten. Für die Verstetigung der Maßnahmen in Remscheid Süd und die Fortsetzung in weiteren Quartieren wird es eine Planstelle geben, da diese Aufgabe lt. Altenpflegegesetz eine Pflichtaufgabe der Verwaltung darstellt.

Frau Schlächter fragt nach, wie Migranten eingebunden worden sind. Herr Schmidt teilt mit, dass das sehr schwierig ist.

Auf Nachfrage der Ausschussmitglieder, wie es konkret weitergehen soll und in welcher Form die Politik eingebunden wird, führt Beig. Neuhaus aus, dass der Abschlussbericht des Projektes den zuständigen Gremien vorgelegt wird und es dort eine regelmäßige Berichterstattung über das weitere Vorgehen, z. B. die Benennung weiterer Quartiere, geben wird. Die Arbeit im Stadtteil Remscheid Süd soll außerdem fortgesetzt werden.

Von der Information wird Kenntnis genommen.

5. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

**5.1. Benötigt die Stadt Remscheid eine Psychiatriekoordination? - Anfrage von B90/Die Grünen
Vorlage: 15/5411**

Die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

**5.1.1. Beantwortung der Anfrage des "Bündnis90/Die Grünen" in Sachen "Benötigt die Stadt Remscheid eine Psychiatriekoordination" vom 16.10.2018.
Vorlage: 15/5435**

Herr Schichel fragt nach, wann und in welchem Rahmen eine Umsetzung erfolgen soll.

Herr Krebs weist darauf hin, dass der Stadtkämmerer keine entsprechenden Haushaltsmittel für die Einrichtung einer Stelle für den Doppelhaushalt 2019/2020 eingeplant hat.

Frau Kreimendahl erklärt, dass sich die CDU-Fraktion grundsätzlich für die Einrichtung einer Stelle ausspricht. Sie bittet um eine weitergehende Vorlage mit Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen.

Dr. Neveling berichtet, dass es lange Wartezeiten für Termine bei Therapeuten und Kliniken gibt. Die Beteiligten (z. B. Klinik Tannenhof, Fachdienst 3.32 und Gesundheitsamt) müssen eng zusammenarbeiten. Die Einrichtung einer ½ Koordinierungsstelle Psychiatrie und Sucht wäre hilfreich, zumal die Anzahl der psychischen Erkrankungen zunimmt.

Herr Krebs stellt fest, dass der Bedarf für eine Psychiatriekoordination offensichtlich vorhanden ist. Eine entsprechende Beschlussvorlage zur Einrichtung einer Stelle ist seiner Meinung nach notwendig. Er fragt nach, ob die Verwaltung eine entsprechende Vorlage in die Sitzung des Rates am 6. November zu den Haushaltsplanberatungen einbringen kann. Beig. Neuhaus erklärt, dass das angestrebt wird.

Frau Acker bittet in diesem Zusammenhang darum, dem Seniorenbeirat grundsätzlich alle seniorenrelevanten Drucksachen (hier: Psychiatriekoordination, Sozialmonitoring und Altersarmut) ebenfalls zur Kenntnis zu geben.

Von der Mitteilung der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

**5.2. Sanktionen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende - Anfrage der Fraktion Die Linke
Vorlage: 15/5477**

Die Verwaltung sagt eine Antwort für die nächste Sitzung zu.

6. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

6.1. Sachstandsbericht Wohnbauflächen

Es gibt keinen aktuellen Sachstandsbericht.

6.2. Gesamtstädtische Mobilitätsstrategie Anfrage von Frau Fiedler, Einsatz von Servicekräften im ÖPNV Antwort der Stadtwerke Remscheid GmbH Vorlage: 15/5180

Herr Schichel hat eine Nachfrage zu dem Punkt Einsatz von Servicepersonal in Bussen, der lt. Auskunft der Stadtwerke nur über ein Beschäftigungsmodell bei der Stadt Remscheid erfolgen kann. Er möchte wissen, wie eine Umsetzung aussehen soll.

Beig. Neuhaus erklärt, dass es keine Beschäftigungsförderung von Seiten der Stadt Remscheid gibt.

Herr Faust berichtet dazu, dass es ab 2019 ein neues Beschäftigungsmodell beim Jobcenter geben soll. Damit sollen Langzeitarbeitslose, die länger als 5 Jahre ohne Beschäftigung sind, gefördert werden. Er schlägt vor, mit den Stadtwerken Kontakt aufzunehmen.

Beig. Neuhaus weist darauf hin, dass das zugrundeliegende Bundesgesetz noch nicht beschlossen ist.

Herr Schichel bittet darum, den Ausschuss regelmäßig über den Sachstand zu informieren.

Von der Drucksache wird Kenntnis genommen.

6.3. Sozialmonitoring 2. Quartal 2018 Vorlage: 15/5290

Frau Neff-Wetzel hat zwei Nachfragen.

Eine Nachfrage bezieht sich auf die Entwicklung der Kosten für die Aufwendungen für Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT, S. 19 des Monitorings). Wenn man das Halbjahresergebnis auf das Jahr hochrechnet, würden die Ausgaben am Ende des Jahres 2018 nicht die Höhe der letzten Jahre erreichen.

Herr Estrany-Dreßler erklärt dazu, dass zum Jahresende mindestens der gleiche Ausgabenstand wie in den Vorjahren erwartet wird. Ein Großteil der Kosten entsteht im 3. Quartal.

Die zweite Nachfrage bezieht sich auf die Statistik des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes über die Inanspruchnahme der Leistungen aus dem BuT. Danach wird in Remscheid nur von 11 % der Berechtigten einen Antrag für Maßnahmen im kulturellen Bereich stellen. Herr Estrany-Dreßler erklärt dazu, dass die Stadt Remscheid über die Schulsozialarbeiter gut berät und auf die Möglichkeiten hinweist. Offenbar ist der Bedarf im Bereich der sozialen und kulturellen Teilhabe nicht so groß.

Beig. Neuhaus sagt zu, zur nächsten Sitzung einen Vergleich Land NRW - Stadt Remscheid der Inanspruchnahme der unterschiedlichen Leistungen aus dem BuT vorzulegen.

Herr Schabla möchte wissen, ob der fehlende Hauptschulabschluss bei 42 Jugendlichen (S. 18 des Monitorings) einklagbar ist.

Beig. Neuhaus erklärt, dass u. a. die VHS, die Bundesagentur für Arbeit und die Berufskollegs gute Angebote für das Erlangen eines Schulabschlusses machen. Die Entwicklung der letzten Jahre ist durchaus positiv, die Zahl der Schulabgänger*innen ohne Abschluss ist rückläufig.

Von dem Monitoring wird Kenntnis genommen.

6.4. Altersarmut von Frauen in Remscheid – Untersuchungsansätze und kommunale Handlungsoptionen
Vorlage: 15/5400

Frau Steylaers stellt die Vorlage vor. In Remscheid beziehen derzeit 506 Frauen Grundversicherung im Alter. Ab dem Jahr 2030 wird mit einer Steigerung gerechnet, da die Frauen der geburtenstarken Jahrgänge dann das Rentenalter erreichen. Frauen sind besonders von der Altersarmut betroffen, da sie häufiger in Teilzeit arbeiten oder Minijobs ausüben als Männer.

Frau Kreimendahl fragt nach, welche Maßnahmen aus den aufgelisteten Handlungsoptionen in den letzten Jahren konkret umgesetzt worden sind. Die Nachfrage wird von Herrn Schichel unterstützt, der wissen möchte, ob die Verwaltung das Thema intern auf der Agenda hat und entsprechende Angebote zur Vermeidung von Altersarmut vorhält.

Frau Neff-Wetzel fragt an, welchen Einfluss die Kommune auf private Arbeitgeber hat und ob es Kontakte in den Bereich gibt.

Frau Steylaers erklärt dazu, dass sie mit ihrem regelmäßigen Tätigkeitsbericht nur Hinweise geben kann, sie hat keine Entscheidungsbefugnis. Es wurden aber bereits viele Dinge auf den Weg gebracht.

Herr Krebs ist der Ansicht, dass das Thema aktuell nicht populär ist. Er appelliert an Verwaltung und Politik, sich mit dem Thema zu beschäftigen.

Herr Schmidt weist darauf hin, dass der öffentliche Dienst damit wirbt, flexible Arbeitszeiten zu ermöglichen. Das widerspricht seiner Meinung nach der Idee der Vollbeschäftigung zur Vermeidung von Altersarmut. Frau Steylaers sieht darin keinen Widerspruch, die Änderungen in den Arbeitszeiten passen sich den Möglichkeiten der Arbeitnehmer im Rahmen ihres Lebensverlaufs an.

Herrn Schichel interessiert, wie die Handlungsoptionen in die städtische Personalplanung einfließen. Er bittet darum, diese Frage an das zuständige Personalamt weiterzuleiten und die Antwort sowohl dem Sozialausschuss als auch den für Personalangelegenheiten zuständigen Gremien zur Kenntnis zu geben. Frau Steylaers verweist dazu auf den Gleichstellungsplan der Verwaltung und die jährliche Sitzung des Hauptausschusses zum Thema „Gleichstellung“.

Frau Kreimendahl unterstützt Herrn Schichel und bittet darum, das Thema alle zuständigen Gremien einzubringen.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**6.5. Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 15/5120 - Bilanz des Ratsbeschlusses "Der Langzeitarbeitslosigkeit den Nachwuchs entziehen"
Vorlage: 15/5286**

Herr Klebe von der Bundesagentur für Arbeit (BA) berichtet ergänzend zur Vorlage, dass der Ausbildungsmarkt in Remscheid auf einem guten Weg ist, das Verhältnis zwischen Bewerbern und Stellen ist fast ausgeglichen.

Außerdem gibt es in Remscheid ein breit gefächertes Unterstützungsangebot für Jugendliche im Übergang Schule - Beruf, das es vergleichbar in keiner der anderen bergischen Städte gibt.

Auch die Zusammenarbeit zwischen der BA, dem Jobcenter und der Stadt Remscheid läuft gut.

Trotz der positiven Entwicklung bereitet es ihm Sorge, dass es immer mehr Jugendliche gibt, die die umfangreichen Angebote nicht in Anspruch nehmen. Er appelliert an die Verwaltung und die Politik, sich Gedanken darüber zu machen, wie dieser Personenkreis erreicht werden kann, z. B. durch Maßnahmen der Jugendhilfe- und Jugendberufshilfe. In dem Bereich ist die Stadt Remscheid seiner Meinung nach nicht gut aufgestellt. Aktuell hat fast $\frac{1}{4}$ der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen keinen Schulabschluss. Dabei werden die Jugendlichen, die sich in einer Maßnahme befinden, nicht als arbeitslos gezählt.

Herr Schichel fragt nach dem Sachstand Jugendberufsagentur.

Herr Klebe teilt mit, dass auf den Mietvertrag gewartet wird. Herr Faust geht davon aus, dass die Räumlichkeiten im Sommer 2019 bezogen werden können.

Herr Schichel regt an, sich mit dem Jugendhilfeausschuss über das Thema auseinanderzusetzen und mit dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung Gedanken zu machen, wie Unternehmer verstärkt eingebunden werden können.

Herr Klebe teilt dazu mit, dass das Projekt „Frühaufsteher“, das an der Sekundarschule läuft, von der Wirtschaft zur Hälfte mitfinanziert wird. Er macht aber deutlich, dass auch den betroffenen Schülern und ihren Eltern klargemacht werden muss, dass es eine beidseitige Anstrengung sein muss. Jobcenter und BA können das Problem nicht lösen.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

7. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Es liegen keine schriftlichen Berichte vor.

8. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Vorschläge vor.

9. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

**9.1. Kümmerer gegen Kinderarmut - Antrag auf Projektförderung zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut in besonders benachteiligten Quartieren einreichen
Vorlage: 15/5115**

Frau Kreimendahl fragt nach dem Sachstand.

Beig. Neuhaus berichtet, dass es sich um ein Landesprojekt handelt, das aus mehreren Bausteinen besteht. Die Förderrichtlinien können dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben werden. Die Verwaltung hat mit zwei möglichen Trägern Kontakt aufgenommen, diese wollen aber keine Anträge stellen. Aktuell werden mit einem dritten Träger Gespräche geführt. Er sagt weitere Informationen für die nächste Sitzung zu.

Frau Kreimendahl beantragt daraufhin, den Antragstext um folgenden Passus zu ergänzen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, vorrangig mit einem entsprechenden Träger zusammenzuarbeiten. Wird kein Träger gefunden, ist als zweite Variante ein städtischer Alleingang ohne Trägerbeteiligung zu prüfen. Die Prüfungsergebnisse sind dem Ausschuss vorzulegen.

Herr Sill lässt über den ergänzten Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss (geändert):

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag auf Projektförderung zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut in besonders benachteiligten Quartieren beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) einzureichen.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, vorrangig mit einem entsprechenden Träger zusammenzuarbeiten. Wird kein Träger gefunden, ist als zweite Variante ein städtischer Alleingang ohne Trägerbeteiligung zu prüfen. Die Prüfungsergebnisse sind dem Ausschuss vorzulegen.

**9.2. Stromsperrn vermeiden (Prüfauftrag)
Vorlage: 15/4814**

Der Antrag hat sich aufgrund der Mitteilung der Verwaltung unter TOP 9.2.1 erledigt.

**9.2.1. Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.04.2018 - Stromsperrern vermeiden (Prüfauftrag)
Vorlage: 15/5123**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**9.3. Zahlung Unterhaltsvorschuss beschleunigen
Vorlage: 15/4687**

Der Antrag hat sich aufgrund der Mitteilung der Verwaltung unter TOP 9.3.1 erledigt.

**9.3.1. Zahlung Unterhaltsvorschuss beschleunigen - Mitteilung der Verwaltung zu Drs-Nr. 15/4687
Vorlage: 15/5259**

Auf Nachfrage von Herrn Krebs teilt Beig. Neuhaus mit, dass sich die Zahl der Antragstellung verdoppelt hat. Die daraus resultierende längere Bearbeitungszeit konnte aufgrund einer personellen Verstärkung auf drei Monate reduziert werden.

Von der Mitteilung wird Kenntnis genommen.

**9.4. Ersthelfer App einführen - Antrag der Fraktion Die Linke
Vorlage: 15/5289**

Frau Neff-Wetzel erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Frau Kreimendahl erklärt, dass die CDU-Fraktion den Antrag grundsätzlich unterstützt. Ihrer Ansicht nach sind aber auch die Kostenfrage und die Ausgestaltung der App (nur kommunal begrenzt/Verknüpfungsmöglichkeiten usw.) zu klären.

Dr. Neveling erinnert an das Projekt „Ein Herz für Remscheid“, das Herr Dr. Rose vor einiger Zeit im Ausschuss vorgestellt hat. Dafür werden weitere Paten für Defibrillatoren-Standorte in Remscheid gesucht. Außerdem sollen Jugendliche über die Schulen für das Thema sensibilisiert werden. Eine Ersthelfer App könnte ein weiterer Baustein sein. Er schlägt vor, im Rahmen einer Arbeitsgruppe die Fragen nach den entstehenden Kosten und den technischen Möglichkeiten zu klären.

Frau Neff-Wetzel und Herr Schichel sind der Ansicht, dass diese Klärung zum Prüfauftrag gehört.

Frau Kreimendahl beantragt, den Beschlusssentwurf um den Zusatz „Die entstehenden Kosten sollen ausgewiesen werden.“ zu ergänzen.

Der Vorsitzende lässt über den ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss (geändert):

Die Verwaltung wird damit beauftragt, zu überprüfen, ob die Möglichkeit besteht eine Ersthelfer App für den Fall eines Herzstillstandes im Einsatzgebiet der Rettungskräfte in Remscheid einzuführen. **Die entstehenden Kosten sollen ausgewiesen werden.**

**9.5. Ausweitung des Sozialmonitorings entsprechend den Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege Remscheid
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen und Gruppen von CDU, SPD, DIE LINKE, FDP und W.i.R.
Vorlage: 15/5531**

Herr Schichel hält den Antragstext nach den mit der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege (AGW) geführten Gespräche nicht für ausreichend. Die Formulierung „...entsprechend der Empfehlungen der AGW ...“, hält er für problematisch, ihm fehlt der Vorbehalt der Haushaltsneutralität.

Beig. Neuhaus weist darauf hin, dass in der Verwaltung kein zusätzlicher Rechercheaufwand leistbar ist, es können nur bereits vorliegende Daten in das Monitoring eingepflegt werden.

Frau Kreimendahl erklärt, aufgrund der Gespräch, die ihre Fraktion mit Vertretern der AGW geführt hat, den Antrag Aufrecht zu erhalten.

Herr Schichel beantragt, ergänzend den Begriff „kostenneutral“ in den Antragstext aufzunehmen. Frau Kreimendahl kann dieser Ergänzung zustimmen, es bleibt dann abzuwarten, welche Informationen von der Verwaltung kostenneutral geliefert werden können.

Der Vorsitzende lässt über den ergänzten Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss (geändert):

Die Antrag stellenden Fraktionen und Gruppen beantragen, dass das Sozialmonitoring **kostenneutral** entsprechend der Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege Remscheid ergänzt werden möge.

10. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

10.1. Geschäftsführung Sana Klinikum - Anfrage von Herrn Schmitz

Herr Schmitz fragt nach Informationen über die neue Geschäftsführung des Sana Klinikums.

Herr Gottschalk verweist auf die im November stattfindende Sitzung des Beirates.

Beig. Neuhaus teilt mit, dass Herr Dr. Praßel das Klinikum verlassen hat. Er geht davon aus, dass sich die neue Geschäftsführerin in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses vorstellen wird. Er wird das Thema im Aufsichtsrat ansprechen.

**11. Doppelhaushalt 2019 / 2020
Beratung des Entwurfs in der Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales,
Gesundheit und Wohnen
Vorlage: 15/5444**

Die Drucksache wurde zur Entscheidung in den Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss verwiesen (s. TOP 1).

**12. Umstellung der Finanzierung der psychosozialen Betreuungskosten für das
Remscheider Frauenhaus, Änderung der geplanten Ansätze ab dem Haus-
haltsjahr 2019
Vorlage: 15/5459**

Die Drucksache wurde zur Entscheidung in den Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss verwiesen (s. TOP 1).

gez. _____
Lothar Sill
Vorsitzender

gez. _____
Silke Eller
Schriftführerin